

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 14. Jänner 1948.

165/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n, V o i t h o f e r, R a u s c h e r, R e m,
G u m p l m a y e r, W e i k h a r t, A i g n e r, S e i l i n g e r und Gen.
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend das Verschwinden des Ministerialrates Dr. Katscher.

-.-.-.-.-

Im Dezember vorigen Jahres verschwand der im Bundesministerium für Verkehr tätige Ministerialrat Dr. Katscher, nachdem er das Amtsgebäude verlassen hatte. Die Öffentlichkeit hat vom Ergebnis der über diesen Verfall angestellten Erhebungen nur durch Zeitungsberichte erfahren, die vielfach Vermutungen als Tatsachen ausgaben.

Der Fall Dr. Katscher erweckt wegen des persönlichen Schicksals des Verschollenen und wegen seiner amtlichen Eigenschaft unter der Bevölkerung besonderes Interesse. Dr. Katscher wurde während der Nazi Herrschaft von der Gestapo unter der Anschuldigung verhaftet, er habe über seine "rassische Abstammung" falsche Angaben gemacht. Es gelang seinen Angehörigen mit Unterstützung jüdischer Ärzte, Dr. Katscher als absolut spitalpflegebedürftig in der Inquisitenabteilung des ehemaligen jüdischen Spitals in Wien während der ganzen Nazi Herrschaft vor der Verschickung in ein Konzentrationslager zu bewahren und ihm auf diese Weise das Leben zu retten. Er war eines jener unglücklichen Opfer der Gestapo, dem die Befreiung Österreichs von der Nazi Herrschaft zweifellos das Leben gerettet hat. Er hat sich auch vom ersten Tag an selbstlos und mit allen Kräften wieder in den Dienst seines Vaterlandes gestellt. In dieser dienstlichen Eigenschaft hatte er wichtige und für die österreichische Wirtschaft bedeutungsvolle Verhandlungen mit den alliierten Besatzungsmächten und mit ausländischen Stellen zu führen. Er konnte dies umso leichter, als ihn sein persönliches Schicksal gegen jede Anschuldigung, mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet zu haben, völlig immun machte. In dieser dienstlichen Betätigung war er stets bestrebt, die Rechte seines wiederbefreiten Vaterlandes mit aller Entschiedenheit mannhaft zu vertreten.

Das Verschwinden dieses aufrechten und pflichtbewussten österreichischen Beamten nach Verlassen seines Dienstortes mitten in Wien an einem frühen Nachmittag ist nicht nur ein schwerer - und wie die anfragenden Abgeordneten zuversichtlich hoffen, nur ein vorübergehender - Verlust für die österreichische Verwaltung, sondern darüber hinaus auch eine ernste Bedrohung der Unabhängigkeit dieser Verwaltung. Sein bisher ungeklärtes Verschwinden kann bei seinen engeren oder weiteren Amtskollegen die Vermutung hervorrufen, daß ein österreichischer Beamter, der

21. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

14. Jänner 1948.

pflichtbewusst und getreu seinem Amtseid den Interessen seines Landes dient, in seiner persönlichen Sicherheit gefährdet erscheint.

Die gefertigten Abgeordneten verlangen daher, daß alle Schritte unternommen und fortgesetzt werden, um über das Schicksal des Ministerialrates Dr. Katscher Aufklärung zu erhalten. Es ist Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, nicht nur gegenüber den Angehörigen dieses Mannes, sondern auch gegenüber allen öffentlichen Bediensteten zu beweisen, daß derartige Vorkommnisse nicht stillschweigend und ohne gewissenhafte Erforschung ihrer Ursachen hingenommen werden.

Die gefertigten Abgeordneten sind ferner der Ansicht, daß auch die alliierten Behörden in Österreich das größte Interesse an der Aufklärung haben müssen, und erwarten daher, dass auch diese Stellen den österreichischen Behörden bei ihren Erhebungen volle Unterstützung leisten.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister die nachstehende

A n f r a g e:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus einen Bericht über das bisherige Ergebnis der amtlichen Erhebungen über das Verschwinden des Herrn Ministerialrates Dr. Katscher mitzuteilen?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, in seinem Wirkungsbereich auch weiterhin alle notwendigen Schritte zur restlosen Aufklärung zu veranlassen sowie auch von der Bundesregierung zu verlangen, daß sie die alliierten Dienststellen in Österreich um Unterstützung in dieser Angelegenheit ersucht?

--- --